



Solar-Dämmerung

Ursprünglich sollte an dieser Stelle der Transnuklear-Skandal kommentiert werden, aber das Thema eignet sich nur noch zu einer traurigen Glosse! Harrisburg, Tschernobyl, unkontrollierte Plutoniumtransporte – langsam muß es auch dem konservativsten Politiker dämmern, welchen Blankoscheck er von der Kernenergiewirtschaft zurückfordern muß.

Einige Politiker haben es bereits begriffen und sind erstaunlich gut über die regenerativen Energiequellen informiert, hoffentlich nicht nur wegen der Werbewirksamkeit.

Ziemlich unbemerkt in der Öffentlichkeit zeigt sich ein Lichtstreif am Horizont: nach der Gründung des DGS-Solarenergie-Instituts an der Fachhochschule Köln 1982 und der Instituts-gemeinschaft INSOLAR (DFVLR-Universität Stuttgart) wurden und werden weitere Institute gegründet: in Freiburg, in Hameln, in Hannover, in Stuttgart, in München, in Kassel – und es ist sogar ein „Solarforum“ analog zum Atomforum auf Bundesebene in der Diskussion. Ohne Zweifel etabliert sich nach Jahren der Solar-Nacht nun eine breitere wissenschaftliche Basis, ohne Zweifel haben einige Landesregierungen die Notwendigkeit hierzu erkannt.

Reicht diese Entwicklung? Es mag unbescheiden klingen, aber diese Maßnahmen reichen bei weitem nicht, denn die regenerativen Energiequellen sollen keine wissenschaftliche, sondern wirtschaftliche Bedeutung erlangen.

Wo bleibt hierfür die Initiative und das Engagement des Bundeswirtschaftsministeriums? Die verbale Einstufung der „Kernenergie als Übergangsenergie“ entspricht doch einer Hinhaltetaktik, wenn nicht erklärt wird, was nach dem Übergang folgt und wie man die „Nach-Übergangszeit“ vorbereitet. Es ist das Verdienst des Generalsekretärs Hausmann, kürzlich in der FDP diese Frage gestellt zu haben, und es bleibt zu hoffen, daß das FDP-regierte Bundeswirtschaftsministerium nun eine substantiierte Antwort darauf findet.

Dem Druck ausklingender Industriezweige wird nachgegeben, ebenso dem Druck auf EG-Ebene zur Finanzierung unterentwickelter Regionen. Zukunftsweisende neue Produktlinien erfordern jedoch nicht die Reaktion auf einen äußeren Zwang, sondern die Aktion aufgrund vorsorgender Verantwortlichkeit. Negierende Standardsprüche wie „freier Markt“, „Subventionsabbau“, „Steuerreform“ u.ä. kennen wir schon, jetzt würden wir uns von aufbauenden, „greifenden“ Maßnahmen gern überraschen lassen!

Aktion, nicht Reaktion, ist nun gefragt!

Ihr

Dr. Horst Selzer